STEINFELD naturnah und lebenswert gestalten

Schaffung von Wohnraum mit Regeln und Bürgerbeteiligung

Die **UWG** befürwortet eine zügige Schaffung von Wohnraum auf Grundlage klarer und transparenter Bebauungspläne mit der Nutzung vorhandener Baulücken und ggf. einer Nachverdichtung. Dabei müssen alle Grundstückseigentümer gleichbehandelt und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planung einbezogen werden.

Keine überdimensionierte Flächenplanung

Die Gemeindeentwicklung muss sich vorausschauend an der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung und den Bedarf ausrichten. Deshalb steht die **UWG** für eine verantwortungsvolle Flächenplanung, die gesetzliche Vorgaben einhält und Natur sowie Ressourcen schützt.

Familien, Bildung und Kinderbetreuung

Familien brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb setzen wir uns für bedarfsgerechte Betreuung, gute Sprachförderung und Ganztagsangebote an unseren Schulen ein. Moderne Lernbedingungen, energetische Sanierungen und attraktive Schulhöfe unterstützen wir ausdrücklich. Dazu gehören auch Sport- und Jugendförderung, ausreichende Freizeitangebote und die Unterstützung der Vereinsarbeit durch den Jugendpfleger. Künftige Entwicklungen sollten sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und für Familien gut erreichbar sein.

Senioren und soziales Miteinander

Eine lebenswerte Gemeinde berücksichtigt die Bedürfnisse aller Generationen. Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum, seniorengerechte Angebote, wohnortnahe Hilfen und mehr Unterstützung im Alltag ein. Barrierefreiheit, gute medizinische Versorgung, attraktive Naherholung und verlässliche Nahversorgung sind für uns selbstverständlich. Ebenso unterstützen wir die Einrichtung einer Anlaufstelle für Senioren und eines Seniorenbeirates sowie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Die **UWG**-Anträge „Einrichtung einer Anlaufstelle für Senioren im Alltag“ und „Förderung ehrenamtliches Engagement“ wurden aktuell im Gemeinderat abgelehnt. Wir werden uns weiter für eine Umsetzung einsetzen.

Ehrenamt, Jugend und Sport

Vereine bereichern das gesellschaftliche Leben. Deshalb möchten wir ihre Angebote stärker mit Schulen und deren Nachmittagsbetreuung verknüpfen und insbesondere Jugendbetreuer besser unterstützen.
Wir unterstützen die Weiterentwicklung unserer Sportstätten auf Grundlage eines ganzheitlichen Konzepts – mit moderner Sporthalle und bedarfsgerecht erweiterten Sportanlagen. Unser Antrag für eine neue Laufbahn im Falkenstadion wird nach 12 Jahren nun endlich umgesetzt.

Bäder

Es wurde von der **UWG** vorgeschlagen, eine Vor- und Nachsaison mit reduzierten Öffnungszeiten und eine Hauptsaison mit verlängerten Öffnungszeiten einzuführen. Das Bad sollte, unabhängig von Witterungsverhältnissen oder geringen Besucherzahlen, nicht vorzeitig schließen, sondern verlässliche Öffnungszeiten haben. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Wohngebiete und Straßen

Neue Baugebiete sollten sich harmonisch in die bestehende Ortsentwicklung einfügen und ausreichend Parkmöglichkeiten auf den Grundstücken vorsehen, damit Straßen für Einsatzfahrzeuge, Müllabfuhr und den öffentlichen Verkehr frei bleiben. In älteren Siedlungen sollten Straßen durch gezielte Pflege- und Reparaturmaßnahmen im Sinne der Anwohner erhalten werden. Frühzeitige Reparaturen können teure Neuausbauten vermeiden. Damit Straßenschäden nicht weiter zunehmen, ist eine Erfassung des Zustands aller Gemeindestraßen mit den erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen dringend notwendig. Ziel muss es sein, die Straßen dauerhaft in gutem Zustand zu halten und so ihre Lebensdauer zu verlängern. Für die Straßen Am Klostergarten, Auf der Heide und Pastorskamp liegen bereits Anträge der **UWG** Steinfeld mit konkreten Vorschlägen zur Straßenerhaltung vor. Eine von der Mehrheitsfraktion angedeutete Erweiterung der Nebenanlagen auf Kosten der Bürger oder gar die Wiedereinführung von Straßenausbaubeiträgen lehnen wir ab.

Abschaffung Straßenausbaubeiträge – Entlastung der Bürger

Unser erneuter Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wurde mit tatkräftiger Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angenommen. Dadurch entfallen auch der hohe Verwaltungsaufwand sowie die aufwändige Berechnung und Erhebung der Anliegerbeiträge. Die wegfallenden Anliegerbeiträge können durch geringere Ausgaben beim Straßenausbau und bei den Verwaltungskosten ausgeglichen werden. Nach unseren Berechnungen lassen sich die Sanierungskosten ohne Steuererhöhung aus dem Gemeindehaushalt finanzieren. Für einen geordneten Straßenausbau ist daher keine Steuererhöhung erforderlich; das zeigt auch der aktuelle Haushalt.
Danke für Euren Einsatz!

Wirtschaft und Gewerbe

Wir unterstützen die Ansiedlung kleiner und mittelständischer Unternehmen, die zukunftsfähige und hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Bei Grundstücksverkäufen erwarten wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Teilflächenverkauf „An der Bahn“ in Mühlen

Hierbei geht es um eine Besserstellung von Parteifreunden der Mehrheitsfraktion auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger von ca. 70.000 Euro.
Die gesetzlichen Vorgaben sind eindeutig: Nach § 125 NKomVG darf eine Gemeinde Grundvermögen nur zum vollen Wert, also zum Verkehrswert, veräußern. Auch bei solchen Verkäufen ist das Gleichbehandlungsgebot nach Art. 3 Abs. 1 GG zu beachten.
Wenn der Bürgermeister einen Quadratmeter-Preis von 45 Euro vorschlägt, obwohl wir aus guten Gründen von rund 120 €/m² sprechen, ist dieser Vorgang für uns nicht nachvollziehbar. Anrainer haben bereits vor Jahren im Rahmen einer Besitzvorwegnahme durch gestalterische und bauliche Maßnahmen (Pavillon, Hütte, Einfriedigung) ohne Einhaltung der Grünflächenfestsetzung des Bebauungsplanes vollendete Tatsachen geschaffen.
Die **UWG**-Fraktion hat sich einstimmig gegen diese Entscheidung ausgesprochen, insbesondere weil die Preisfindung für uns nicht nachvollziehbar ist. Als politische Fraktion sehen wir es als unsere Pflicht, für Recht, Gesetz und Gleichbehandlung einzutreten.
Daher haben wir eine Kommunalaufsichtsbeschwerde wegen Verstoß gegen § 125 NKomVG, dem Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG und eventuell weitere Gesetze und Vorgaben eingereicht.

Flächenankauf Saalfeld

Der Flächenankauf von ca. 130 ha im Bereich der Dammer Straße und im Diepholzer Raum ist überdimensioniert und entspricht nicht der gesetzlichen Vorgabe nach § 124 NKomVG. Danach dürfen Vermögensgegenstände nur erworben werden, wenn sie in absehbarer Zeit zur Aufgabenerfüllung benötigt werden.
Der Gesamtpreis für den Flächenankauf sowie die Subventionen von 250.000 Euro für künftig abzutretende Wohnbaugrundstücke und die Grunderwerbsteuer von ca. 733.000 Euro beträgt etwa 15,7 Mio. Euro. Damit liegt der Preis 47 % über dem Bodenrichtwert vom 01.01.2026.
Dieser Betrag muss kreditfinanziert werden. Zur Finanzierung der jährlich etwa 550.000 Euro Zinsen wurden auf Antrag der Mehrheitsfraktion die Steuern massiv erhöht: Die Grundsteuer A und B von 240 auf 290 v. H. sowie die Gewerbesteuer von 300 auf 310 v. H.
Die Flächen können nicht für Wohn- und Gewerbegebiete genutzt werden und liegen zu großen Teilen hinter Diepholz; also in einem anderen Landkreis. Ein akuter Flächenbedarf der Gemeinde Steinfeld besteht derzeit nicht.

Die Gemeinde übernimmt damit faktisch die Rolle eines Maklers und wird aus unserer Sicht unzulässigerweise privatrechtlich tätig.
Der Beschluss dient nicht dem Wohl der Gemeinde Steinfeld. Belastet werden die Bürgerinnen und Bürger, ohne selbst einen Vorteil zu haben; den Vorteil des Grundstückseigentümers zahlen sie über die Grundsteuer mit. Für uns gilt:
Allgemeinwohl vor Einzelwohl!

www.uwg-steinfeld.de

Unsere Kandidaten stellen sich vor

› TRANSPARENT › OFFEN
› ZIELSTREBIG

Ein Schritt in die richtige Richtung!

UWG
Unabhängige WählerGemeinschaft Steinfeld

/uwg_steinfeld

www.uwg-steinfeld.de

„Die langjährige Gemeinde-entwicklung ohne Struktur kann nur durch Änderung der Mehrheitsverhältnisse beendet werden.“

Heinrich Luhr
73 Jahre
Dipl.-Elektroingenieur

„Politik ist für die Bürger da - nicht umgekehrt.“

Veit Kröger
52 Jahre
Selbstständig

„Für eine zukunftssichere Gemeindegestaltung im Sinne aller Generationen.“

Oliver Pohl
28 Jahre
Wirtschaftsinformatiker

„Mit Respekt, Transparenz, Vertrauen! Weniger Bürokratie, eine starke Wirtschaft und ein lebenswertes Steinfeld.“

Rainer Möhlmann
64 Jahre
Techniker

„Unsere Demokratie braucht Menschen, die sich für sie einsetzen. Sie lebt von denen, die Verantwortung übernehmen.“

Melanie Schockemöhle
48 Jahre
Polizeibeamtin

„Für ein sicheres, zukunfts-orientiertes und lebendiges Steinfeld sowie Interessen-vertretung aller Einwohner ohne Parteizwang.“

Bernhard Zmijewski
67 Jahre
Polizeibeamter a. D.

„Mehr Transparenz!
Mehr Ideen!
Funktioniert nur mit mehr **UWG** im Rat.“

Christoph Schlarmann
51 Jahre
Dipl.-Informatiker

„Keine Rückkehr der Straßenausbaubeiträge – die Abschaffung bleibt.“

Stephan Ankert
47 Jahre
Lehrer

„Ich werde mich für die Entwicklung eines sicheren Verkehrsflusses, einer natur-verträglichen Bebauung und der allgemeinen Sicherheit einsetzen.“

Christian Katzer
55 Jahre
Industriemeister

„Ein Ratsmandat ist für mich kein Privileg, sondern ein Auftrag: zuzuhören, abzu-wägen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit Überzeugung zu vertreten.“

Ottmar von der Heide
60 Jahre
Informatiker

www.uwg-steinfeld.de

STEINFELD naturnah und lebenswert gestalten

Wir wollen unseren Kindern eine intakte Umwelt bewahren. Dazu gehören ein verantwortungsvoller Umgang mit Flächen, Landschaft, Energie und Ressourcen. Wichtige Aufgaben der Ortsentwicklung sind daher die Erfassung und Nutzung vorhandener Baulücken sowie ein wirksamer Naturausgleich.
Naturflächen sollten im Eigentum der Gemeinde bleiben und nicht an Private verkauft werden. Das erleichtert Pflege und dauerhaften Erhalt. Der geplante Natur- und Landschaftsausgleich von rund 2,6 Mio. Euro soll jedoch etwa 50 km entfernt außerhalb des Landkreises Vechta beim Rittergut Lonne umgesetzt werden – ohne erkennbaren Nutzen für die Steinfelder Bürgerinnen und Bürger.
Der Antrag der **UWG**, Kompensationsmaßnahmen in der Gemeinde Steinfeld umzusetzen, wurde abgelehnt. Geeignete Möglichkeiten gibt es vor Ort, etwa an Flüssen und Bächen, an Wegerändern mit Blühstreifen oder bei Wallhecken. Dazu zählen auch Maßnahmen zur Grundwasserneubildung, wie Regenwassernutzung und Versickerung auf Wohnbau- und Gewerbeflächen sowie ökologischer Hochwasserschutz zur Förderung der Artenvielfalt.

Für die **UWG** Steinfeld gilt der Grundsatz: „Freizeitwert erhöhen und Steinfeld attraktiv und lebenswert gestalten“. Konkrete Maßnahmen wären die Regenwasser-versickerung am Parkplatz der St.-Johannes-Schule und eine naturnahe Gestaltung des Steinfelder Bachs. Die **UWG** Steinfeld wird sich weiterhin für eine zukunftsweisende Gemeindeentwicklung einsetzen und dazu weitere Anträge in den Gemeinderat einbringen.

Ortskern mit Augenmaß – Ortskerne beleben

Steinfeld und Mühlen sollen geordnet, nachhaltig und im Einklang mit der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung wachsen. Bevor neue Baugebiete am Ortsrand erschlossen werden, will die **UWG** vorhandene Baulücken, Leerstände und innerörtliche Flächen besser nutzen.

Nachverdichtung schafft Wohnraum, senkt Infrastrukturkosten und reduziert den Flächenverbrauch. Junge Familien sollen nach den Vorstellungen der **UWG**-Steinfeld besonders beim Kauf und bei der Sanierung älterer Häuser unterstützt werden.

Unsere Kandidaten zur Gemeinderatswahl